

Fernruf in Wiesbaden: Redaktion 6030,
Verlag 635, in Oestrich 6, in Eltville 216.

34. Jahrgang.

Basel, 20. Nov. Oberst Gali gibt in den „Basler Nachrichten“ eine Uebersicht über die militärische Lage in Rumänien. Er schließt mit folgendem Satz:

„Aus dem allem geht wohl zur Genüge hervor, daß sich durch die in den letzten Tagen von den Verbündeten erzielten Erfolge die Lage der Rumänen ganz bedeutend verbessert hat, und daß es großer Kraft und sehr guter Willigung bedarf, um das drohende Schicksal zu wenden.“

Der österreichische Bericht

Wien, 20. Nov. (B. Z. B. Nichtamtlich.) Amlich wird verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz:
Front des Feldmarschall-Lieutenants Erzherzog Karl

Die Operationen gegen die manien verlaufen planmäßig. Der von Campolung wurden wieder bei Angriffen abge schlagen.

Front des General-Feldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Nichts von Belang.

Italienischer und südlicher Kriegsschauplatz

Keinerlei Ereignisse von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, Oberst, Feldmarschall-Lieutenant.

Die Lage in Rußland

Wie der Stockholmer Korrespondent der „T. A.“ aus Rußland erzählt, haben dort die letzten zwei Monate eine völlig veränderte Lage gebracht. Zwei Umstände scheinen hierfür in erster Linie maßgebend zu sein: 1. Die hochgestellten Hoffnungen, die an die Kriegserklärung Rumaniens geknüpft wurden und ihr klägliches Scheitern und andererseits der immer größer werdende Mangel an den wichtigsten Produkten. Von einer allgemeinen Hungersnot läßt sich in Rußland heute noch nicht sprechen, doch steht der Winter vor der Tür und daß man mit den vorhandenen Lebensmitteln nicht bis zum Frühjahr reichen wird, dafür sprechen die zahlreichen Eingaben der verschiedenen Körperschaften an die Regierung und das planlose Verhalten der Regierung in der Lebensmittelpolitik. In Bezug auf Material herrscht schon jetzt empfindlicher Mangel, der sich bei der heranrückenden Kälte immer stärker fühlbar macht. Durch den Mangel an Rohstoffen, die über Archangel kommen, wo dank unserer Unterseeboottätigkeit der Verkehr so gut wie gestoppt ist, sind zahlreiche Fabriken zum Stillstand gekommen und tausende von Arbeitern verlieren dadurch ihren Unterhalt. Auch zwingt der Mangel an Kohlen viele Fabriken, die Arbeit einzustellen. In den Kreisen der brotlosen Arbeiter wird Unzufriedenheit laut, die sich über alle Schichten der Bevölkerung erstreckt. Die letzten Unruhen in Petersburg, Moskau und Charkow werden allgemein als der Anfang großer Unruhen angesehen. Daß auch die russische Regierung diesen Standpunkt teilt, geht aus den wiederholten Eingaben der Gouverneure an den Minister des Innern hervor, in denen auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, die durch die erregte Volksstimmung der staatlichen Sicherheit droht. Auf Grund dieser Tatsachen ist daher eine Änderung in der Beurteilung der inner-russischen Verhältnisse geboten, handelt es sich doch heute nicht mehr um haltlose Vermutungen, sondern um eine von der russischen Regierung offen anerkannte Gefahr.

Duma und Kabinett

Rotterdam, 20. Nov. (B. Z. B.) Nach dem „Nieuw Rotterdamse Courant“ meldet der Londoner „Daily Telegraph“ aus Petersburg: Nach den Vorgängen bei der Eröffnung der Duma kann man kaum annehmen, daß die Stellung des Kabinetts unverändert bleiben werde. Für den Kriegsminister Schuchowew und den Marineminister Grigorowitsch ist es unmöglich, zusammen mit allen ihren Kollegen weiter zu arbeiten, entweder müssen sie zurücktreten oder jemand anderes. Alle wahren Freunde Rußlands und der Entente hoffen, daß Schuchowew im Amte bleiben werde.

Der Arbeitermangel in Rußland

In immer stärkerem Umfange macht sich in dem menschenreichen Rußland der Mangel an Arbeitskräften fühlbar und wächst sich bei der bestehenden Lebensmittellage zu einer Gefahr für die Nahrungsvorsorgung der Bevölkerung aus. Durch weitgehende Verzögerung der Kriegseingänge zu landwirtschaftlichen und sonstigen Arbeiten, sucht man dieser Gefahr zu begegnen, wie eine Zusammenstellung von russischen Pressemeldungen aus der jüngsten Zeit zeigt. So berichtet die „Nischni Wodomoiti“, daß die Moskauer Gouvernementsbehörde auf eine Anfrage des Ackerbau-Ministeriums, ob sie ein Drittel der ihr zur Arbeitsleistung überwiesenen Kriegseingänge entlassen und wieder zur Verfügung des Kriegsministeriums stellen könne, mit der Bitte antwortete, die Kriegseingänge nicht von der Feldarbeit entfernen zu lassen, da sonst die Versorgung Rußlands mit Lebensmitteln und Brennmaterial außerordentlich erschwert würde. Nach einer anderen Meldung versprochen die Militärbehörden den Zuckerindustriellen zur Verfügung gestellt worden. Schließlich wurden, wie der „Den“ berichtet, von dem Ackerbauministerium unter dem Vorbehalt des Ministers Bobrinski verschiedene Maßnahmen zur Behebung des Arbeitermangels vor allem in der Landwirtschaft ausgearbeitet, die in erster Linie die Ausnutzung der Arbeit der Kriegseingänge, die schon im Sommer in großem Umfange zu den Feldarbeiten herangezogen waren, zum Ziel haben. Außerdem sollen Flüchtlinge und Schüler in gleicher Weise beschäftigt werden. Durch alle diese Maßnahmen werde die bestehende Krise zwar einigermaßen abgeschwächt, aber keineswegs beseitigt.

870 000 Mann Verluste in vierzehn Monaten

Jülich, 19. Nov. Der letzte, vom kleiner Zentralerhebungsbüro erstellte Ausweis über die Verluste Rußlands schließt mit einem Gesamt-

verlust von 870 288 Gefallenen, Verwundeten und Vermissten seit dem 1. Juli 1916. Hieron fallen 69 631 auf Offiziersverluste, wovon 55 Fliegeroffiziere.

Das Königreich Polen

Der Protest der Entente

Basel, 19. Nov. Der von der italienischen, britischen und französischen Regierung an die neutralen Staaten gerichtete Protest hat folgenden Wortlaut:

„Durch Ihre am 6. November 1916 in Warschau und Lublin veröffentlichte Proklamation teilen der deutsche Kaiser und der Kaiser von Österreich und König von Ungarn mit, daß sie übereingekommen seien, in den von ihren Truppen besetzten polnischen Gebieten einen autonomen Staat mit konstitutioneller, erblicher Monarchie zu errichten und dort eine eigene Armee dieses Staates zu organisieren, auszubilden und zu leiten. Es ist allgemein angenommen, daß der moderne Völkerrecht, daß mit Rücksicht auf den unrichtigen Charakter der Besetzung, die aus kriegerischen Operationen hervorgehende militärische Besetzung für besetzte Gebiete keine Übertragung von Souveränitätsrechten zuläßt und daß auf diese Gebiete auch nicht irgend ein Recht über die besetzten Gebiete zum Vorteil von irgend jemanden zu verfügen. Indem der deutsche Kaiser und der Kaiser von Österreich widerrechtlich über die von ihren Truppen besetzten Gebiete verfügen, haben sie nicht nur einen wichtigen Akt vollzogen, sondern auch wiederum einen der fundamentalen Grundsätze mit Füßen getreten, auf die sich die Existenz und Konstitution zivilisierter Staaten der menschlichen Gesellschaft gründen. Indem sie überdies sich anmaßen, in den von ihren Truppen besetzten Gebieten eine Armee zu organisieren, haben der deutsche Kaiser und der Kaiser von Österreich wiederum die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen verletzt, gemäß deren in Übereinstimmung mit den elementarsten Grundsätzen der Moral und der Gerechtigkeit, es verboten ist, daß ein Kriegsführender durch Zwang die Angehörigen des Gegners nötigen kann, an den gegen ihr eigenes Land gerichteten kriegerischen Operationen teilzunehmen.“ (Art. 23 des Zusatzprotokolls der vierten Haager Konvention, ratifiziert durch den deutschen Kaiser und den Kaiser von Österreich am 29. November 1907.) Indem sie diese neuen Verletzungen des Rechts, der Moral und der Gerechtigkeit der neutralen Staaten zur Kenntnis bringen, protestieren die verbündeten Mächte gegen die Konsequenzen, welche die feindlichen Regierungen aus ähnlichen Taten ableiten wollen, und behalten sich vor, mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln dies zu verhindern.“

Die Zivildienstpflicht

Berlin, 20. Nov. Der Reichsfanzler von Bethmann-Hollweg weist seit zwei Tagen im Großen Hauptquartier. Ein Berliner Mittagsblatt nimmt an, daß sein Aufenthalt mit Befreiungen über das Gesetz über den Zivildienst, das jetzt Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst heißt, zusammenhänge. Das ist sehr möglich, wenn auch dieses Gesetz allein nicht der Grund zur Reise des Kanzlers ins Große Hauptquartier ist, eine Reise, die er ja während des Krieges schon so oft angetreten hat. Es wird, wie es in der Natur der Sache liegt, eine Beschleunigung des genannten Gesetzes gewünscht, und es heißt jetzt, daß der Hauptausgangspunkt des Reichstages, der ja, wie wir mitteilen, das Gesetz vor der Einbringung im Plenum beraten soll, sich schon Ende dieser Woche damit befassen wird, so daß es in der nächsten Woche Gesetz werden könnte.

Alle staatliche Regelung des Verbrauches muß verlangen, wenn nicht die veränderte, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt und jeder Deutsche im Innersten durchdrungen ist, daß diese Mitwirkung ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Eingabe von Leib und Leben im Kampfe an der Front.“ So schrieb Hindenburg vor einigen Tagen an den Reichsfanzler. Freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung an der Beschaffung von Gegenständen des dringenden Bedarfs, — das ist es, was unser bald in Kraft tretender „Zivildienst“ vom deutschen Volke erwartet, und das ist es, was ihn von einer ähnlichen Maßnahme in England unterscheidet. Es dürfte daher nicht ohne Interesse sein, die einschlägigen Bestimmungen in beiden Ländern zu vergleichen und zu untersuchen, wo in Wahrheit die größere Freiheit besteht: im „militaristischen“ Deutschland oder im „zivilen“ England.

Am 2. Juli 1915 trat in England das neue Munitionsgesetz in Kraft, das die Beziehungen der Munitionsherstellung (heute weit mehr als zwei Millionen Menschen) zu ihren Arbeitgeber festlegt, und — auf den ersten Blick — ein sehr „freiwilliges“ Gesetz zu haben scheint. Ein vom Staat kontrollierter „Vertrag“ nämlich regelt die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, überläßt es mithin scheinbar dem freien Ermessen des einzelnen, sich dem Zwang zu unterwerfen oder unabhängig zu bleiben. Diese „Freiwilligkeit“ wird aber in der Praxis zu einer bloßen Fiktion, da der Staat es verstanden hat, durch Kollektivabkommen mit den Gewerkschaften und durch eine Reihe anderer Zwangsmaßnahmen einen so starken Druck auf den einzelnen auszuüben, daß er notgedrungen zum „Freiwilligen Vertrag“ greifen muß, wenn er nicht arbeitslos bleiben will. Die Bestimmungen des Gesetzes laufen nun darauf hinaus, daß die Verweigerung der Arbeitsleistung auf ein Minimum beschränkt wird, daß jeder Streik verboten ist, daß der Arbeitgeber die Sache von einem Schiedsgericht von sehr zweifelhafter Parteilichkeit und ohne höhere Berufungsmöglichkeit entschieden wird. Einige der allerschärfsten Bestimmungen haben mittlerweile unter dem Druck der öffentlichen Meinung und infolge der Opposition der Arbeiterklasse gemildert werden müssen. So ist z. B. das Streikrecht in gewissem Umfange (falls nämlich das Schiedsgericht binnen drei Wochen keine gültige Besetzung ergreift) wiederhergestellt und für bestimmte Fälle eine Berufungsmöglichkeit geschaffen worden. In seinen Hauptzügen hat das strenge Munitionsgesetz jedoch seine Gültigkeit behalten und schränkt nach wie vor die Bewegungskraft des einzelnen außerordentlich ein, indem

der Arbeiter zwingt, jedem beliebigen Kriegsbetriebe zuzugewiesen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Arbeitgebers entlassen werden kann und auch in Fragen der Lohnhöhe in einer drückenden Abhängigkeit vom Belieben des Arbeitgebers erhalten wird. Ja, noch mehr: eine weitere Verschärfung der Bestimmungen wird jetzt geplant, indem die nicht ausreichende Kohlenförderung die Aufhebung des Kohlenmonopoles und die Andienung neuer Mengen von Frauen und Knaben notwendig machen dürfte. Alles in allem: der Krieg hat mit der „Freiheit des Individuums“ in England gründlich aufgeräumt und nur den „Schein“ hat man dort noch wahren können.

Aber bei uns. Wir verzichten auf jeden Schein. Wir verzichten auf jeden „Vertrag“, der in Wahrheit ein „Zwangsvertrag“ ist und dabei allein die Arbeiterklasse einseitig zu Opfern zwingt. Wir machen den Hilfsdienst zu einer allgemeinen Staatsbürgerlichen Pflicht, zum Besten der Kriegsführung und Kriegswirtschaft. Nicht einer einzigen Klasse bilden wir diese Pflicht auf, sondern gleichmäßig allen Ständen. Weiß soll Rücksicht gelte, sollen gewohnte Tätigkeiten, Leistungsfähigkeit, besondere familiäre Verhältnisse, besondere Gaben nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Aber doch, — alle sollen wir heran, alle sollen wir dem Vaterlande und zur Verfügung stellen. Ohne Zwang zunächst, ohne unnötige Härte. Jedem, der ohne Arbeit ist oder in einem Berufe wirkt, der dem Kriegsführenden Vaterlande direkt oder indirekt keinen Nutzen bringt, wird zunächst Zeit gegeben, sich selbst eine Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst zu suchen. „Vaterländischer Hilfsdienst“ aber ist alles, was die Kriegsführung und die Beschaffung des wirklich notwendigen Heimatbedarfs fördert — also unsere Kriegswirtschaft und die Volksernährung mit Nahrungsmitteln und dringenden Bedarfsgegenständen. Erst wenn jemand nach Ablauf einer bestimmten Frist keine Tätigkeit im obengenannten Sinne gefunden, erst dann soll sie ihm amtlich zugeordnet werden, jedoch ohne daß die Gefahr einer Lohnrückzahlung dabei entsteht.

Genau, es sind neue große Opfer, die man von uns verlangt. Es ist die allgemeine Wehrpflicht auch im bürgerlichen Gewande, die wir nunmehr zu leisten haben werden. Feldheer und Heimatsheer, die beiden werden in eins verschmelzen, arbeiten sich gegenseitig in die Hände, schaffen und kämpfen das eine für das andere. Sollen wir unsere Brüder an der Somme, in den Karpaten, in den Schlachten von Poltawa bluten lassen und hier geruchlos den schönen Künsten, fernabliegenden geistigen Problemen, der Herstellung von Kurpflegenständen oder — dem Nichtstun nachgeben? Nein, das werden wir nicht. Die Regel, die wir mehr herstellen, die kommt vielleicht der feindlichen Regel zuvor, die unsern Bruder das Leben nehmen sollte; das Plus an Nahrungsmitteln, das wir noch aus dem Lande herausziehen, das gibt neue Kraft den Kämpfern da draußen und uns hier im Innern. Schießen und Essen oder Munition und Nahrung — darauf beruht heute Deutschlands Existenz. Und kein Mann, keine Frau wird fehlen wollen, wenn es heute Deutschlands Existenz zu erhalten gilt.

Keine Vermittlungsabsichten Wilsons

Berlin, 20. Nov. In einem Augenblick, wo in mehreren Blättern sehr ernstlich über Wilsons Absichten einer Friedensvermittlung gesprochen und heiß gekritten wird, ob eine solche Aktion des neu gewählten Präsidenten erwünscht oder eine Gefahr sei, ist es von Interesse zu erfahren, daß auf die Anfrage des belgischen Botschafters in Washington, ob der Präsident eine solche Friedensaktion beabsichtige, aus erster und zu verlässlicher Quelle die Antwort gekommen ist, Wilson habe nicht die Absicht, irgendwelche Friedensschritte zu unternehmen.

Die deutsch-norwegischen Verhandlungen

Kristiania, 19. Nov. (B. Z. B.) Vom Vertreter des B. Z. B. Die norwegische Presse stellt sich offensichtlich beifällig durch ein gestriges Telegramm des Berliner Berichterstatters von „Eidsen Tegn“ über die Aufstellung an maßgebender Stelle in Deutschland, daß Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiet Grund zur Beschwerde habe. Gleichzeitig findet die Presse aber an, daß auch auf diesem Gebiet zur Zeit wichtige Verhandlungen schwebten, die durch Einigkommen gegen die deutschen Beschwerden einen Ausgleich erhoffen ließen. „Morgenbladet“ spricht die Erwartung aus, daß dieser Ausgleich nicht nur für die Dauer des Krieges vorbestehen, sondern dauernd ein gutes Verhältnis Norwegens zu Deutschland auch für die Zeit nach dem Kriege vorbereiten werde.

Ein belgischer Protest

Bern, 20. Nov. Die belgische Regierung legte durch ihren Gesandten in Bern beim Bundesrat gegen die Abführung von Belgiern nach Deutschland Protest ein. Die gleiche belgische Note ging allen neutralen Regierungen zu.

Der Abtransport der belgischen Arbeiter vollzieht sich in aller Ruhe

In ihrer Wut über den Abtransport der beschäftigten belgischen Arbeiter rüft die feindliche Presse tagaus und tagan neue Schandermären auf. Da die Verdröhung der völkerrechtlichen Verhältnisse und der Gründe, die zur Überführung der belgischen Arbeiter nach Deutschland Veranlassung gaben, nicht mehr überboten werden kann, berichtet sie jetzt von Aufständen, schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und deutschen Militär und von blutig verlaufenen Massenschlachten. In Antwerpen, in Brüssel und an anderen Orten soll nach diesen Meldungen das deutsche Militär auf die der Abfahrt sich widerstehenden Arbeiter geschossen haben. Alle diese feindlichen Alarmnachrichten sind, wie wir aus besserer Quelle erfahren, erlogen. Weder in Antwerpen, noch in Brüssel, noch anderswo ist es zu Zwischenfällen gekommen. Der Abtransport vollzieht sich vielmehr glatt und ordnungsgemäß ohne Störung. Ja, ein großer Teil der Abgeführten ist offensichtlich froh, die erzwungene Unmöglichkeit wieder mit einer regelmäßigen Arbeit verknüpfen zu können und die Gewähr einer ausreichenden Ernährung für die Zukunft zu besitzen.

Schiffsverluste und Beschädigungen

Haag, 20. Nov. Die niederländische Versicherungsfirma Blom und van der Waal meldet für die Zeit von September bis 30. September folgende durch den Krieg hervorgerufene Schiffsverluste und schwere Beschädigungen: 1908 Schiffe mit 3 881 100 Tonnen, von denen 10 Schiffe mit 268 682 Tonnen wieder hergestellt wurden. Hieron verloren die Neutralen 40 Schiffe mit 624 547 Tonnen, von denen 40 Schiffe mit 110 718 Tonnen wieder hergestellt wurden. England verlor 571 Schiffe mit 1 896 532 Tonnen, von denen 29 mit 117 047 repariert wurden. Außerdem verlor England 429 Transporter mit 57 497 Tonnen, Frankreich verlor 110 Schiffe mit 207 937 Tonnen, Deutschland 86 Schiffe mit 213 185 Tonnen, von denen 10 Schiffe mit 214 100 Tonnen repariert wurden. Italien verlor 114 Schiffe mit 195 011 Tonnen, Norwegen 23 Schiffe mit 208 874 Tonnen usw. (Schluß folgt.)

Die diplomatische Absperrung Griechenlands

Athen, 20. Nov. (B. Z. B.) Meldung des Reuters Bureau. Die Alliierten verlangen, daß dem deutschen, dem österreichisch-ungarischen, dem türkischen und den bulgarischen Gesandten ihre Pässe ausgediendigt werden. Die Regierung betrachtet diese Forderung als unannehmbar. Es wurde ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Königs abgehalten, um die Angelegenheit zu besprechen. Der König hat für morgen früh 10 Uhr einen Kabinettsrat einberufen. Es herrscht große Unruhe, da die Alliierten verlangen, daß die feindlichen Gesandten am 21. noch abreisen.

Ein Aufruf des deutschen Landwirtschaftsministers

Deutsche Landwirte! Hindenburg ruft — ruft uns und mit uns alle Stände unserer Völkern auf zur äußersten Eingabe und Entfaltung im Dienste des Vaterlandes. — Ein tiefem Verständnis für die schweren Aufgaben unserer Landwirtschaft hofft er, von der hohen vaterländischen Gefinnung der deutschen Landwirte, daß sie ihm helfen werden bei der unermesslichen Überwindung der in immer größerem Umfange von der ganzen Welt gegen uns ausgetretenen Kriegsmittel. Ungeheures haben unsere berittlichen Truppen im Felde geleistet, unermesslich ist von Landwirtschaft und Industrie dabei gewonnen. Wir können nicht unterliegen, wenn wir alle zusammenleben, zu mit vereinter Kraft die in immer größerem Maße erforderlich werdenden militärischen und wirtschaftlichen Kriegsmittel zu schaffen. Immer größer wird das heimische Heer unserer Brüder, die in der Tiefe ihrer Schätze das vor glühendem Feuer und die Waffen schmelzen, welche unsere Feinde vernichten und uns dann ehrenvollen Frieden bringen sollen. Immer größer wird die Zahl unserer Weibler, die Arbeit und so unendlich wird sie, wenn die schwerarbeitenden Männer und Frauen, denn die natürlichen Hilfsmittel nicht im gleichen Maße wie zur Verfügung stehen, nicht so viel Nahrung bekommen, wie zur Aufrechterhaltung ihrer vollen Arbeitskraft erforderlich ist. Unsere vaterländische Pflicht ist es, darum alles zu tun, was uns Landwirte wohl manchmal bedrückt und verbittert hat. In noch weit höherem Maße als je zuvor ist es heute unsere vaterländische Pflicht, unsere ganze Kraft freudig in den Dienst der Erzeugung von Lebensmitteln für unser Volk zu stellen. — Jede, wenn auch nur so große Schwierigkeit muß überwunden werden — jedes Opfer muß gebracht, jede Kraft muß angepaßt werden, — zu schaffen, zu erhalten und unserm Heere und Volke zu geben, was es braucht, um mit uns den endlichen vollen Siegespreis zu erringen. Wie der eine Teil unserer Völkern im beispiellosen Heldentum im Felde gegen eine Welt von Feinden kämpft, und ein anderer Teil in rastlos schwerer Arbeit und die vaterländischen Kriegsmittel schafft, so wollen wir wir Landwirte unter Hinführung aller eigenen Wünsche, wo und wie immer es geht, für die Ernährung unserer Kriegsarbeiter sorgen und freudig alles hingeben, was wir mit Gottes Hilfe in mühseliger Arbeit unserem Boden abgewinnen und nur irgend selbst entstehen können. Hindenburg vertraut und mit ihm und dem Reichsrat das ganze deutsche Volk auf und so wollen wir denn freudig jedes Opfer bringen, welches der Ernst einer unsere ganze Zukunft entscheidenden Zeit von uns fordert. Deutsche Landwirte, thut und gebt weiter, bis der endliche volle Sieg über alle unsere Feinde und ein der Größe unserer Opfer entsprechender Friede errungen sein wird!

Verkehr mit Saarortsteilen

Der Bundesrat hat am 16. November 1916 eine neue Verordnung über Saarortsteile beschlossen, die den Verkehr mit Saarortsteilen dahin regelt, daß Saarortsteile aus der Zeit 1916 nur durch die Vermittlung von landwirtschaftlichen Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammern usw.) oder ähnlichen von den Landeszentralbehörden bestimmten Stellen abgesetzt werden dürfen. Innerhalb ihres kommunalrechtlichen dicken Kartesellerzeuger Saarortsteile diese Vermittlung abgeben.

Die Ausfuhr von Saarortsteilen aus einem Kommunalverband in einen anderen Kommunalverband ist genehmigungspflichtig. Die Genehmigung erteilt der Kommunalverband. Die Genehmigung kann von der landwirtschaftlichen Berufsvertretung im Bundesrat beantragt werden.

Keine Beschlagnahme der Zigarren

Berlin, 20. Nov. Von geschäftlich daran interessierten Kreisen war in letzter Zeit das Gerücht im Umlauf geseht worden, es bestünde die Absicht bei den maßgebenden Stellen, die Zigarrenvorräte für das Meer zu beschlagnahmen. Demgegenüber können wir nach Erkundigungen an zuständiger Stelle feststellen, daß eine solche Absicht nicht besteht. Es sind so viele Vorräte an Zigarren und Tabaken vorhanden, daß eine Beschlagnahme zu Gunsten des Meeres überflüssig ist. Der Bedarf des Meeres kann auf Grund der bestehenden einheitlichen Regelung durchaus befriedigt werden.

Die Polendebatte im Preuß. Abgeordnetenhaus.

Ein unnützer Antrag

Mit 180 gegen 104 Stimmen bei drei Enthaltungen ist der mittlerweile zur Beratung gelangte Polenantrag im preußischen Abgeordnetenhaus angenommen worden. Der Antrag wird nach mehr besprochen werden, als wie das in den letzten Tagen der Sitzung war. Besonders darf man befürchten, daß der feindliche Ausland alle gescheiterten Anträge begierig aufgreift und sie in seinem Sinne verzerrt. An sich war der Antrag oder vielmehr der Inhalt des Antrages selbstverständlich. Kein Deutscher will, daß das Deutsche Reich in der Ostmark leidet. Und ebenso streben unsere Grenzen, an denen wir nie rittlich leben werden, im Osten fest. In dem Manifest des deutschen Reiches ist das ja auch hinreichend betont worden. Wozu also ein solcher Antrag, der eine Selbstverständlichkeit in sich enthält und darum in höchstem Maße unnützig ist.

Weber hat die Verhandlung einige unerwünschte Tatsachen gebracht. Der konservative Führer umschrieb den Antrag, ohne in Ueberrassungen oder zu große Beschränkungen zu gehen. Der preussische Staatsminister gab dann die selbstverständliche Erklärung ab, daß die Erhaltung des Deutschen Reiches in der Ostmark wie vor die Aufgabe der Zukunft bilde. Aber er betonte auch, daß die Deutschen in der Ostmark sich in diesem Weltkrieg nicht getreten seien und daß die erste Aufgabe der Regierung die Erhaltung der Ostmark sei. Daraus wird man wohl den Entschluß der Regierung herauslesen, die bisherige verwerfliche Politik auf dem Wege zu räumen. Erhaltung des Deutschen Reiches im Osten ist wichtig, nicht minder wichtig wird es jedoch in der Zukunft sein, mit den preussischen Staatsbürgern polnisch-galisch in zufriedener Weise auszukommen. Die Verhandlung im Abgeordnetenhaus hat ebenfalls die Beziehungen nicht gefördert, der Zusammenstoß zwischen dem polnischen Redner und dem national-liberalen Abgeordneten Dr. Friedberg beweist es. Jedes Maß überschritt der Sozialdemokrat Ströbel, der das Verlangen haben wird, nun im feindlichen Ausland ein großer Mann gefeiert zu werden. Das ist vielleicht der einzige Erfolg des unnützen und verwerflichen Antrages.

Berlin, 20. Nov.

Präsident Graf v. Schwerin-Sönitz eröffnete die Sitzung um 4 Uhr 20 Minuten. Es folgte die Beratung des Antrages der Konservativen, National-Liberalen und Freikonservativen über die

Polenfrage.

Darin wird zunächst betont, daß die Vorkommnisse des selbständigen Königreichs Polen einseitig ist, ohne daß dem Landtag Gelegenheit zu einer Meinungsäußerung gegeben worden war. Demnach wird in dem Antrag die Erwartung ausgedrückt, daß bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des neuen Staatswesens politische, wirtschaftliche und politische Sicherheiten Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden, und daß keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark vorgenommen wird, die geeignet wäre, den deutschen Charakter der mit dem preussischen Staat unauflöslich verbundenen östlichen Provinzen irgendwie zu gefährden.

Hg. Debbendorf (konf.) begründet den Antrag, ohne neue Gesichtspunkte vorzubringen. Minister v. Döbel: Ich sehe voraus, daß der ganze Abgeordnetenhaus sich auf den Boden der Tatsachen stellt, die durch das Manifest der beiden Kaiser geschaffen sind. Die preussische Regierung trägt ihren Anteil an der Verantwortung für diesen Schritt von weltgeschichtlicher Bedeutung in der unüberwindlichen Hoffnung, daß er in Gegenwart und Zukunft dem deutschen Reich zum Nutzen gereichen werde. Die Polen erhalten aus den Händen der siegreichen Zentralmacht neues Leben. Indem der neue polnische Staat mit Deutschland und Ostpreußen unauflöslich verbunden wird, hoffen wir, daß auch das Deutsche Reich seine Grenze nach Osten gesichert und gesichert werde. Deutsche und polnische

Lebensinteressen haben sich in diesem Weltkonflikt gefunden und sollen in Zukunft untrennbar sein. Diese geschichtliche Tatsache ist durch das Manifest bestätigt, das die politischen Regionen an der Seite der beiden kaiserlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen haben. (Bravo.) Sie wird bekräftigt werden, wenn eine polnische Freiwilligenkavallerie an der Seite ihrer Befreier erachte polnische Tapferkeit zur Verteidigung für die Zukunft Polens gegen jeden von Osten heranrückenden Gegner einziehen. Die Bedeutung des Ereignisses im Zusammenhang mit den politischen Problemen des Weltkrieges hat der Reichskanzler in vertraulicher Botschaft des Reichstagesauschusses eingehend dargestellt. Es ist aus nobelstehenden Gründen geboten, weitere und einzelne allgemeine politische Darlegungen hier zu vermeiden. Einzig wichtig ist mich mit dem Antragsteller und Jüngern allen, wenn ich anerkenne und betone, daß die Gestaltung der Verhältnisse jenseits unserer Ostgrenze besondere geschichtliche Aufgaben des preussischen Staates auf uns lagert. In den Beratungen des Staatsministeriums, die dem Ersatz des Manifestes vorangingen, ist für die Erörterung der preussischen Staatsinteressen genügend Raum gegeben worden. Das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß das preussische Staatsministerium bei allen Erörterungen und Entschlüssen es als seine besondere pflichtgemäße Aufgabe ansieht, unter allen Umständen preussische Staatsinteressen wahrzunehmen und allen möglichen Rücksichtungen auf das preussische Staatsinteresse, auf die preussische Monarchie, auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Ruhe, auf die Zukunft des Reiches (Bravo) nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft vor der Gestaltung endgültiger Verhältnisse. Darüber ist kein Wort zu verlieren, daß dem preussischen Staat jeder Fuß breit seiner in jahrelanger Arbeit gewonnenen Ehre und Ehre unveräußerlich ist. (Bravo.) Seinen nationalen Aufgaben im Osten wird der preussische Staat treu bleiben. Er erfüllt damit eine Aufgabe für das ganze deutsche Volk. Die Staatsregierung wartet zuversichtlich, daß in Zukunft preussische Staatsangehörigen polnischer Abstammung ihre diese Aufgaben erleichtert werden, indem sie selber und selber sich in die Pflichten des preussischen Bürgers einfügen und wie mit der Waffe in der Hand, so auch im Frieden Treue dem deutschen Volke bewahren, dessen Opfer dem polnischen Volke das Recht erritten haben, im eigenen nationalen Staat freie polnische Staatsbürger zu sein und zu bleiben. Deutsche und Polen sind sich in diesem Kriege nähergetreten. Sie nähern sich noch mehr, wenn der neue polnische Staat errichtet wird. Das ist wahr und soll es bleiben, und diese Wahrheit wird auch mispredigen, wenn nach dem Kriege die Gefährdung und Verwaltungsschwierigkeiten der Ostmark, die die preussischen Staatsangehörigen polnischer Abstammung betreffen. Die künftigen Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. (Bravo.) Mit dieser Versicherung muß es sein. Bewenden haben, solange untrennbare Verhältnisse nicht die Möglichkeit geben, diese wichtigen Aufgaben mit der Sorgfalt und Gründlichkeit zu lösen, die notwendig sind, wenn es, preussischen Lebens und Lebens, sich darum handelt, über den Tag hinaus Aufgaben der Zukunft zu lösen. Ich verweise auf die früher abgegebenen Erklärungen. Bei diesen Erklärungen bleibt es. Ueber sie hinaus ein Programm künftiger Ostmarkspolitik zu entwickeln, muß ich mich in diesem Augenblick verweigern. Aber eins drängt es mich aus tiefer Überzeugung zu bemerken: die überkommenen bisher gelösten deutschen Aufgaben Preußens im Osten werden in hoher und fester Zukunft bestehen bleiben. Der Schutz und die Erhaltung des Deutschen Reiches, des deutschen Lebens und Lebens in den Westenden, wo Deutsche und Polen zusammenleben, wird die Aufgabe des preussischen Staates bleiben, die er für das deutsche Volk, für deutsche Kultur und deutschen Geist zu erfüllen hat. Das Kulturwerk, das Preußen für Deutschland geschaffen hat, ist ein deutsches Gut von unvergleichlichem Wert. Wir werden es hegen und fördern. (Bravo.)

Hg. Dr. Bachmann (fortf. Sp.): Bei der Regelung der nachstehenden Frage muß alles vermieden werden, was jetzt die Minderheit, das Bestreben zu

Wiedern. Eine solche Forderung vernimmt wir in dem vorliegenden Antrag nicht zu erkennen. Der Antragsteller hat bisher nicht nur Politik getrieben, die zu dem erwünschten Ziele führt. Das beweist die Aufstellungspolitik, die Forderung von anderen Maßnahmen zur Befriedigung der Polen. Diese Maßnahmen zeigen sich jetzt unzulänglich geworden. Wir hoffen, daß die Polen in der Ostmark einträchtig mit uns an dem gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbau arbeiten werden.

Hg. Frhr. von Hedlitz (konf.): Wir bitten, den Antrag einstimmig anzunehmen. Wenn wir in unserem Antrag die Forderung des deutschen Charakters unserer Ostmark verlangen, so haben wir die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß unsere deutschen Mitbürger nach Gründung des Königreichs Polens in ihren Verhältnissen in der Ostmark weiterleben können. Die polnische Bevölkerung jenseits unserer Grenzen wird sich nicht in der Ostmark niederlassen, sondern sie wird die Freiheit und Unabhängigkeit des autonomen polnischen Reiches mitnehmen. Für uns ist das Ziel der Ostmarkspolitik nichts anderes, als der Schutz des Deutschen Reiches. (Beifall rechts.)

Hg. Ströbel (Soz.): Es wäre besser, wenn der Antrag nicht eingebracht worden wäre. Wir lehnen den Antrag ab. Trotz der mehr als hundertjährigen Trennung hat das polnische Volk das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren. Wir gehen aus der Debatte hin, daß das freie polnische Volk in diesem Kriege nicht unauflöslich gelöst ist. Nach dem Willen der Antragsteller sollen dem neuen polnischen Staat neue Grenzen aufgetragen werden, die seine Selbstständigkeit nur eine Scheinberechtigung sein würde. Der Antrag bedeutet auch, daß die Antragsteller eine Verständigung zwischen Preußen und Polen eintreten. Das kann von den Polen nicht gewollt werden, wenn die Antragsteller den deutschen Charakter der Ostmark wahren wollen, so müssen wir, was das bedeutet. Sie haben die polnische Sprache aus den Schulen verbannt und die Polen können sich nicht auf der eigenen Sprache aufbauen. Wegen dieser Tendenz legen wir ebenso Protest ein und beantragen namentlich die Ablehnung des Antrages. (Beifall bei den Polen.)

Hg. Dr. Friedberg (Natl.): Da und die Staatsregierung bisher nicht Gegenstand gegeben hat, was über die Vollziehung des Manifestes Polen zu sagen, haben wir die Initiative dazu ergreifen müssen, und zwar im Interesse Preußens und der deutschen Ostmark. Wir verlangen vollständige politische und wirtschaftliche Sicherheiten, damit wir in Zukunft nicht gefährdet, sondern gefördert werden. Der Redner der Polen unterstellt uns, daß wir es an Wohlwollen gegenüber den Polen fehlen lassen. (Beifall bei den Polen.) Wenn Sie das übersehen, so beweisen Sie, daß Sie den Tatsachen gegenüber nicht stehen. (Lärm bei den Polen.) Wir sind bereit, nach den Erklärungen des Reiches zu prüfen, ob wir eine Verständigung der Ostmark erreichen können.

Hg. Ströbel (Soz.): Es wäre besser gewesen, wenn der Antrag nicht eingebracht worden wäre. Die heutige Debatte gibt den Beweis, daß er nicht unbedeutend wirken wird. Wir sind immer Gegner der scharfen Polenpolitik gewesen, die dem preussischen Staat nicht zum Segen gereichen wird. Wir sind immer dafür eingetreten, daß unsere polnischen Landesteile untrennbar mit Preußen verbunden bleiben. Das Manifest der beiden verbündeten Kaiser ist eine große Tat. Ich hoffe, daß die Polen sich dauernd als Verbündete des deutschen Reiches fühlen werden. Die Neuorientierung der inneren Politik sollte dahin führen, daß die Polen in der Ostmark sich wohl im preussischen Staat fühlen. Wir werden gegen den Antrag stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Ströbel (Soz.): Daß die Regierung dem Abgeordnetenhaus bisher keine Gelegenheit gegeben hat, zu dem Votummanifest sich zu äußern, ist ein tiefes Verbrechen der Autokratie. Man will die Polen befreien. Wir hatten es für das Richtige, wenn die Völker sich selbst befreien. Jetzt wird das neue Polen nur eine preussische Satrapie sein.

Minister des Innern von Loebeck: Ich weise es weit von mir, dem Vorredner auf seine größtenteils unbedeutenden Ausführungen zu antworten. (Bravo.) Die Mehrheit des Hauses steht turnusmäßig über den Ausführungen, wie wir sie haben hören müssen. Der Vorredner hat damit nur die Wünsche des Auslandes geäußert. Es ist selbstverständlich, daß solche Reden hier gehalten werden, gegen die das deutsche Volk aufstehen wird. (Beifall bei den Deutschen.)

Hg. Ströbel (Soz.) verweist sich dagegen, daß er durch seine Reden die Wünsche des Auslandes fördere. Der Redner beendet unter großer Lärme des Hauses und unter stürmischen Unterbrechungen und Schlußrufen seine Ausführungen. Er wird einmal zur Ordnung und einmal zur

Sache gerufen. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 104 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung am 4. Dezember, 1 Uhr mittags: Kleine Reden.

Zur Lebensmittelfrage

Nahrung

Der „Ariertische Bauernverein“ richtet folgenden Aufruf an seine Mitglieder: „Mitglieder! Die diesjährige Ernte ist allenthalten in der Hauptfache gediegen. Angestrichene Bitterkeit, Mangel an Arbeitskräften und Verspottungen haben die Beendigung der Erntearbeiten erschwert und verzögert. Dank und Anerkennung gebührt der Landwirtschaft, insbesondere den Landwirten für ihr manufaktives unerschöpfliches Durchhalten, trotz der tausend Entbehrungen. Nunmehr gilt es, aber auch alle entbehrlichen Ernte-Produkte unverzüglich der nicht produzierenden Bevölkerung zuzuführen. Das ist heilige Pflicht jedes Landwirts. Mitglieder, in Stadt und Industrie herrscht Not. Die Familien der vereint mit Euren Söhnen und Brüdern für uns alle kämpfenden Soldaten warten auf die Zufuhr von Lebensmitteln, besonders Kartoffeln. Hier gibt es weder Ein- noch Ausreden. Hier muß durch die Tat geholfen werden. Bessere also jeder freiwillig alle entbehrlichen Lebensmittel sofort ab. Den schwer arbeitenden Munitionsbearbeitern fehlt es an Speisefett. Das ist furchtbar bitter. Spart Euch freiwillig etwas ab zu Gunsten dieser notleidenden Staatsbürger und ihrer Kinder. Auch ihre Mütter und Brüder stehen im Felde und kämpfen mit uns. Helfe auch jeder nach Kräften bei der Erzeugung von Fett. Bessere sich wer irgend kann, an der Schneemasse auf vertraglicher Grundlage. Futtermittel werden zu vorzulebenden Bedingungen geliefert. Widme ich Jedermann seine ganzen Kräfte der nationalen Sache. Landwirte, Landfrauen, alle Welt sieht auf Euch! Es gilt zu sorgen, daß die Millionen Opfer an Gut und Blut nicht umsonst gebracht sind; trotz unserer Siege, daß die gegen uns alle gerichteten Vernichtungsbüchsen unserer Gegner zu Schanden werden. Erlebe Jeder das furchtbare erste Gebot der Stunde. Um Körpern über die barmherzigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben ist jetzt keine Zeit. Tragen wir für unser Teil nach Kräften bei zu einem guten Einvernehmen mit Stadt und Industrie. Man bedenke, daß die Landwirtschaft zur Erhaltung hinreichender Schutzschilde nach dem Kriege auf das Wohlwollen anderer Berufsstände angewiesen ist. Von der Erreichung dieses Alles ist die Zukunft der deutschen Landwirtschaft abhängig.“

Kleine politische Nachrichten

Gegen die Anklagenorientierung

Die von den Reichsbürgern zur Zeit angestrebte wird, wendet sich eine vom Kriegsausschuß für Konsumanteninteressen mit Unterstützung aus den Kreisen der Vergarbeiterorganisationen an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe gerichtete Eingabe. Auf Grund eines reichhaltigen Materials wird darin dargelegt, daß die Konsumindustrie bei ihren Forderungen nach den Geschäftsabschlüssen und bei den günstigen Exportpreisen vorteilhaften Lage keineswegs eine weitere Preisüberhöhung des für die Lebensmittelverwertung unentbehrlichen Brennmaterials der auf schwerer von der Lebensmittelverwertung heimgeführten Bevölkerung vornehmen dürfe. Die beschriebenen gestiegenen Vergarbeiterlöhne würden schließlich immer wieder als Ausgangspunkt für die bisherigen und die jetzt angestrebten Preisüberhöhungen hingestellt. Sie könnten vielmehr bei gleichbleibenden Preisen für Kohlen, Koks und Weizen sehr wohl noch eine Erhöhung erfahren, die den Schwerarbeitern unter der Erde die Erhaltung ihrer Körper- und Willenskraft erleichtern und so den Fronten zu Wasser und zu Lande den unerlässlich notwendigen Brennstoff sichern würden. Besonders fordert die Eingabe, daß vor Entscheidung des Ministeriums über die Interessenswünsche auch die Vertreter der Verbraucher gehört werden.

So wahr mir Gott helf!

Die Bauerngeschichte aus dem Tannus von J. Kugel.

Die Dämmerung war bereits eingetreten und machte es dem jungen Manne schwer, in dem Dunkel der vor ihm stehenden zu sehen. Soviel jedoch konnte er gewahren, daß ihr Auge mit trüblichem Wohlgefallen auf ihm ruhte, und merklich sanft sang auch ihre Stimme, als sie jetzt begann:

„Du wirst dir denke können, Schorsch, warum ich dich das rufe. Ich, ein hart genug ist es auch antomme. Aber was tut mir e Mutter für Kind! Sie hat mich ja weggeschleppt, mein arme Louis, wolle ich die Weges mache. Ich er unschuldig, so wahr wie ein Gott im Himmel ist — er ist unschuldig!“ Wie in aufschreiendem Mütterchmerz preßte Frau Sabine ihr Taschentuch an die Augen und jammerte:

„Der Schorsch hat ihn um das Zug. Warum? — Ich weiß es nicht. Vielleicht hat's ihn geirrt, der der Louis als er mit dem vorname Herr, ihm feierliche Hauptmann, auf die Jagd ginge, und wahrheitsgemäß glaubt der Gebhardt, der Louis hätte die Wildschilde sein um laan anmerkt. Drum bekannt er jetzt, der Louis hätte ihn geschloß. Da immer Gott — der Louis, der laaner Wild was zu Leid tun kann! Wer's aber dem Gebhardt geplatzt, dann ist der Louis verloren! Wenn ich nur dran denk, dann möchte ich mich langewege hinaus an die kleine Gott Hilfe, daß er mich zu sich nimmt.“

Die hielt wie überflutet von Schmerz inne und sang leise auf den ihr zunächst stehenden zu. In peinlicher Verlegenheit hatte Georg dem jungen Hebergs zugehört. Wo sollte das herkommen? Hatte Frau Hissenauer nicht deshalb die Unterredung mit ihm gesucht, um ihn von der Unschuld ihres Sohnes zu überzeugen? Das wäre vergebliche Mühe, denn an Ludwigs Unschuld konnte er, so gern er dies gewollt, nicht glauben. Aber hatte die Frau von der Begegnung im Walde erzählt und war nun gekommen.

um ihn, den Jungen, zu beeinflussen, daß er jene Begegnung mit Ludwig vor Gericht verschweige? Seine Zweifel darüber, was er tun oder lassen solle, noch vermehren? Ein Hand fest in ihm — sein Gewissen würde rein bleiben, rein vor Gott und vor den Menschen, wenn er gezwungen wurde, die verhängnisvolle Frage, die ihm der Hofwart schon heute morgen vorgelegt hatte, unter seinem Eid zu beantworten. Die Frau tat ihm leid, in der Seele ließ, wor sie doch die Mutter Ludwigs — aber konnte er ihr den Trost geben, daß er auch im äußersten Falle nicht vor einem Meinerd zurückstehen würde, um ihr den Sohn zu retten? Nummerne!

„Meine arme Mutter!“ begann Frau Hissenauer wider, „hat dich längst ganz niedergedrückt. Bei! Welche geht erum wie ein Geist — sie hängt ja so an ihrem Bruder. Ihr väterlicher Trübsal ist, daß es an ihr hängt, Schorsch, ob der Louis verurteilt wird oder nicht. Ich sie nicht fest und sicher dran, daß du ihn nicht verurteilst. Schorsch, daß ich um mein Mann das auch glauere.“

„An mir soll's hänge, ob der Louis verurteilt wird oder nicht, Frau Hissenauer?“ antwortete Georg betroffen. „Des verurteilt ich mit! Wenn der Richter beschließt, daß der Louis auf ihn geschloß hat —“

„Er kann's aber nicht beschuldern!“ unterbrach ihn Frau Hissenauer erregt. „Des mußt du doch auch wissen. Du hast doch den Gebhardt mit dem Schilde haangefahrt! Aber du bist dem Louis im Wald begegnet, du hast ihn grad zu der Zeit gesehen um wenn du des verurteilst, dann ist er geliebert!“

„An du mochte Sie, ich soll mir davon sage, daß ich dem Louis bezeugend bin?“ fragte Georg mit beherber Stimm. „Deswege habe Sie mich doch bezeugt? So Sie ich den Louis habe — aber, des, Frau Hissenauer, kann ich Sie nicht verurteilen! Werd ich mit gekostet — dann ist es gut, dann erfährt von mir laan Mensch e. Ich. Wer gekostet wird ich sicher, wie ich als Junge gelobt werde. Ich wenn ich die Hand aufgelegt habe un des geschwore, so war mir Gott helf!“

dann muß ich mit nur sage, was ich mag, dann darf ich auch mich verschweigen!“

„An wasch du dann so gewiß, daß es wertlich der Louis war, dem du bezeugst bist, Schorsch? Es war so noch dämmerig.“

„Was gab ich drum, wenn ich sage könnt: „Ich bin im Zweifel darüber“ — aber ich kann's nicht!“

„An kann's nit? Warum dann nit, Schorsch? Wer kann unschuldig sein kann behaupten, daß du der Louis gesehen un gekostet hast? Was hast du davon — was hast du Verlust davon, wenn mein armer Fuß vielleicht für sei ganz Leue ins Juchhaus gekostet wird? Noch dazu unschuldig. Er hat nit auf die Fährte geschloß — des hat er sein Vater geschwore, bevor Sie ihn gekostet haben, un der Louis hat nit Schorsch — im schlimmste Fall kost's dich nur die paar Worte. „Ich hab mir gekostet!“ Wilt du hawe, daß wir all uns Ungläubig komme? Das mi! Mache, des so viel ich dich hält, sich zu Tod gramt? Des des arm! Seitlich sein Hochmeister auf die Art verurteilt? Des wilt du doch nit?“

„Höre Sie auf, Frau Hissenauer, höre Sie auf! Canlle Sie mit gut!“ Rausend tangen sich die Worte aus des Reiches Munde. „Die Dämmerung ist ja abgela, denn Mache zu lieb — aber an falsche Eid schwöre — untern Herrgott ansehe un dann sage — des kann ich nit, des kann ich nit!“

„An schenktst laan falsche Eid — du bist mir still! Denk an das Unrecht, Schorsch, was dein Vater un vor Tohere angrian hat. Er hat dem Louis geschwore —“

„Des Unrecht?“ fuhr Georg entsetzt. „Wie arme Sie sage, daß mein Vater eine e Unrecht angetan hat? Wollte Sie mir vielleicht ins Gesicht hinein behaupten, daß mein Vater falsch geschwore hat, dann sag ich Ihnen —“

„Lasse Sie mein Vater aus dem Spiel, uff den loß ich nit komme, Frau Hissenauer!“ war Georg in höchster Erregung ein. „Ein Wort noch über mein Vater un wir swaa hawe ausgerech miteinander —“

„Dann hör mich doch an, Schorsch, un sei nit gleich ode hinaus! Hab mich doch ruhig an! Ich maan's doch gut un bin komme, un die gute Wort zu gewa, daß die alt Feindschaft zwische uns endlich emol e End nimmt! Mein Mann un ich un besonnens unfer Mache — wir wär'n so all glücklich, wenn wir sage wunte: „Wir liebe mit de Bergers wibber gut!“

„Dann dürfte Sie vor alle Dinge nit sage, daß mein Vater eine e Unrecht angetan hat!“ rief Georg, immer noch empört.

„Wenn ich des gesagt hab, dann kann ich's schwarz uff weiß beweise, Schorsch! An wenn du hier den Brief von der alt Tante Jette gesele hast, den Sie uns damals als Wiesbade geschriebe hat, wo Sie wege ihrer Micht in eine Dabhaus war — dann werst du selbst sage: „Ja, es ist wahr — wir hawe an de Hissenauer die gut zu mache.“

Damit nahm Sie aus ihrer Tasche den mitgebrachten Brief und reichte ihn dem Jungen, der zuerst eine abweichende Handbewegung machte, dann aber, wie sich besinnend, das Schreiben ergriff und mit den Worten an das Fenster trat: „Du bist doch begierig, was in dem Brief steht soll! Mein Vater ist ein Ehrenmann doch un dorch — do is mir laa Bang, Ich will Ihnen aber de Wille tun un will des Zeug lese!“

Damit machte er sich daran, die Briefe, mit welchem das Blatt bedeckt war, in dem durch das Fenster hereinfallenden Dämmerlicht zu entziffern. Im Anfangen schien das Gelesene affen Eindruck auf ihn zu verhehlen, denn mit einem ärgerlichen, fragenden Gesichtsausdruck sah er auf das Papier, dann aber schielte er sichtlich zu sammen, las eine Stelle nochmals und warf den Brief dann mit einer heftigen Bewegung auf den neben ihm stehenden Tisch.

